

Motion

0276 Steiner-Brütsch, Langenthal (EVP)

Weitere Unterschriften: 12

Eingereicht am: 01.09.2008

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet

Der Regierungsrat wird beauftragt,

- eine kantonale Sensibilisierungs- und Präventionskampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet zu lancieren (Sensibilisierung der Öffentlichkeit).
- mit weiteren geeigneten Massnahmen verstärkt dafür zu sorgen, dass Lehrkräfte, Eltern, Schüler/-innen und weitere Betroffene auf die genannte Problematik aufmerksam und umfassend informiert werden (Präventionsarbeit an den Schulen).

Begründung:

Für Kinder und Jugendliche ist der Umgang mit Internet, Instant Messenger oder Handy selbstverständlich. Sie benutzen die neuen Medien zum Kommunizieren, Spielen und Recherchieren für die Hausaufgaben. Das hilft ihnen im Alltag und später auch im Berufsleben.

Doch die neuen Medien bergen auch Gefahren. Internet- oder Spielsucht, Belästigungen durch Pädokriminelle oder Cyberbullying sind nur einige Beispiele dafür. Gemäss einer Studie wurden 80 Prozent der Kinder, die chatten, im Netz bereits sexuell belästigt. Eltern und Lehrpersonen sind leider oft ahnungslos. Sie kennen weder die Möglichkeiten noch die Gefahren, die die neuen Kommunikationsmittel bergen. Dies, obwohl der Computer und das Internet längst zu alltäglichen Arbeitsinstrumenten geworden sind. Im Grunde lassen sie ihre Kinder auf einem Spielplatz spielen – ohne zu wissen, was dort abgeht. Um die Öffentlichkeit und besonders Kinder und Jugendliche auf diese Problematik aufmerksam zu machen und vor den Gefahren zu schützen, wäre einerseits eine kantonale Sensibilisierungs- und Präventionskampagne angebracht. Andererseits drängen sich verstärkte Anstrengungen im schulischen Umfeld auf, um Schüler/-innen, Eltern und Lehrpersonen über die Thematik zu informieren.

Erschreckende Fakten

Im Kanton Bern werden jährlich etwa 150 Personen wegen sexuellen Handlungen mit Kindern angezeigt (Kriminalstatistik 2007). Tendenz steigend. Es ist anzunehmen, dass diese Anzeigen nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Meistens kommt es nicht zu einer Anzeige. Dennoch ist sich die Öffentlichkeit der Gefahren oft nicht bewusst, welchen Kinder und Jugendliche im Internet ausgesetzt sind. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass ein Grossteil der sexuellen Belästigungen und Übergriffe im Netz stattfinden oder dort ihren

Anfang nehmen. Mit einer kantonalen Kampagne würde der Kanton Bern seine Verantwortung wahrnehmen und umfassend über die Problematik informieren.

Verstärkte Massnahmen sind gefordert

In einigen Kantonen (z.B. Solothurn) arbeiten die Bildungsdirektionen in Zusammenarbeit mit der Polizei aktiv am Thema „Pädophilie im Internet“: sei es durch Präventionskampagnen an Elternabenden oder sei es durch Aufnahme von „Pädophilie im Internet“ im Lehrplan. Auch die Stadt Zürich betreibt mit einer viel beachteten Plakatkampagne (vgl. www.schaugenau.ch) Sensibilisierung und Prävention in diesem Bereich.

Im Kanton Bern bietet die Polizei u.a. bedürfnisorientierte Veranstaltungen in Schulen an. Dort werden bei Bedarf auch die einschlägigen Informationsunterlagen der nationalen Kampagne „click it! - Stopp Kinderpornografie im Internet“ der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP) thematisiert und abgegeben.

Nichtsdestotrotz: Angesichts der rasch wachsenden Zahl an Kindern und Jugendlichen auf dem Internet wird sich auch die Problematik der Pädokriminalität verschärfen. Der Kanton Bern ist gefordert, die Problematik mit verstärkten und gezielten Massnahmen anzugehen. Um sicherzustellen, dass so viele Betroffene (Schüler/innen, Lehrkräfte und Eltern) wie möglich direkt erreicht werden, sind vermehrte Anstrengungen im schulischen Umfeld zu unternehmen:

Im Gegensatz zu anderen Kantonen (z.B. Solothurn, Aargau), in denen die Informationsbroschüre „click it!“ systematisch an Eltern und Schüler/innen abgegeben wird, geschieht dies im Kanton Bern nur punktuell (siehe oben).

Neben den erwähnten schriftlichen Informationsunterlagen könnten beispielsweise auch Informationsveranstaltungen, Workshops für Eltern, Angebote für Elternabende, die Aufnahme des Themas in den Lehrplan oder Unterrichtsmaterialien für Schulen ins Auge gefasst werden.

All diese Massnahmen sollen konkrete Hinweise dazu geben, wie sich Kinder und Jugendliche im Netz vor Übergriffen durch Pädokriminelle schützen können, was ihre Eltern und Lehrpersonen tun sollten und welches die richtigen Anlaufstellen sind.

Antwort des Regierungsrates

Grundsätzlich teilt der Regierungsrat die Meinung des Motionärs, dass sich die Entwicklung der Medienvielfalt und der Kommunikationstechnologien nachhaltig auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auswirkt und unterschiedliche Gefahren birgt, wie z.B. Internet- oder Spielsucht und sexuelle Belästigung. Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entwicklung hat einerseits die schulische Sexualpädagogik eine wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit einer gesunden sexuellen Entwicklung junger Menschen. Andererseits müssen vermehrt Angebote im Bereich Sensibilisierung und Prävention zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren im Umgang mit Internet und Games bereitgestellt werden.

Zu Punkt 1)

Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren im Umgang mit Internet und Games plant die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) wirkungsorientierte Projekte und Angebote im Bereich Sensibilisierung und Prävention. Dafür stehen der GEF neu zweckgebundene finanzielle Mittel zur Verfügung aus dem Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht.

Die GEF steuert auch die offene Kinder- und Jugendarbeit, welche auf Gemeindeebene im Setting Freizeit einen wichtigen Zugang zu den Jugendlichen hat und themenspezifische Präventionsarbeit leistet. Es ist zu prüfen, inwieweit die offene Jugendarbeit Aufgaben übernehmen kann im Bereich Sensibilisierung und Prävention zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet.

Zu Punkt 2)

Gemäss Lehrplan fällt der Bereich Sexualpädagogik in den Zuständigkeitsbereich der Schule. Ergänzend zum Schulunterricht können auch externe Fachpersonen beigezogen werden. Im Kanton Bern bieten die Berner Gesundheit (Beges), die Aids Hilfe Bern, die Familienplanungsstellen und die Schulärztinnen und -ärzte im Auftrag der GEF zur Unterstützung der Lehrpersonen verschiedene ergänzende Angebote an. Zielgruppe sind Jugendliche von 12 bis 20 Jahren. Insbesondere für die Thematisierung von schwierigen Themen wie sexueller Gewalt besteht Unterstützungsbedarf, wie die kantonsweite Befragung bei Lehrpersonen der Sekundarstufe I, SchulärztInnen und den oben genannten Akteuren im Bereich Sexualpädagogik zeigte, welche 2006 von der Beges im Auftrag der GEF durchgeführt wurde. Die Befragung zeigte zudem Handlungsbedarf bei der Verbesserung des Stellenwerts der Sexualpädagogik in den Schulen sowie der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Aufgrund der Ergebnisse der erwähnten Umfrage hat die GEF folgende zwei Massnahmen ergriffen: Einerseits wurde das Angebot der Beges im Bereich Sexualpädagogik im Rahmen des Leistungsvertrags erweitert. Andererseits entwickelten die GEF und die Erziehungsdirektion (ERZ) des Kantons Bern gemeinsam die internetbasierte Suchmaschine www.profinfo.ch, welche den Schulen und Lehrpersonen den Zugang zu entsprechenden Angeboten erleichtern soll.

Im Rahmen einer Projektorganisation unter der Leitung des kantonalen Sozialamtes und in enger Zusammenarbeit mit der ERZ, dem Schulinspektorat, dem Kantonsarztamt und externen Fachpersonen soll dieses Jahr als weitere gezielte Massnahme ein Organisations- und Finanzierungsmodell zuhanden der Schulen erarbeitet werden, welches den Beizug der oben genannten externen Angebote für alle interessierten Schulen ermöglicht.

Im Hinblick auf die neue kantonale Schwerpunktplanung Gesundheitsförderung/Prävention 2010-13 wird die GEF prüfen, inwieweit noch weitere Massnahmen sinnvoll und nützlich sind und welche gezielten und wirkungsvollen Präventionsprojekte zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet allenfalls implementiert werden könnten.

Antrag: Annahme als Postulat

An den Grossen Rat